

die eine spätere fortschrittliche Bewegung zurückgreifen könne. Mahfuzullah sieht allerdings die Gefahr einer "neuen Elite" innerhalb der NROs, die ihre Abhängigkeit von ausländischen Finanziers noch nicht hätte beseitigen können. Er faßt seine Betrachtungen mit der Feststellung zusammen, daß die NROs "kreativ und reformistisch zugleich" seien.

Ein fruchtbarer Dialog

Die Diskussion im Dhaka Courier eröffnet noch einmal die Möglichkeit, alle Argumente gegenüberzustellen. Sie dürfte der Auftakt zur Überwindung der gegenseitigen Abgrenzung sein. Der Staat ist offensichtlich, auch zum Mißfallen der 'Geberländer und -institutionen' nicht in der Lage, auch kleine Reformen umzusetzen. Hier entsteht ein Vakuum, in das automatisch die

Gruppen eindringen werden, die diese Reformen umsetzen können. Der Entwicklungshilfeapparat und auch Teile der Regierungsbürokratie sind zunehmend auf sie angewiesen.

NROs und Bauernorganisationen sitzen bereits an einem Tisch. Ein beschwerlicher Weg für radikale Organisationen, die deutliche Abstriche bei ihrer Rhetorik machen müssen, aber auch ein schwieriger Weg für die NROs, die beweisen müssen, mit welcher Ernsthaftigkeit sie hinter ihren Zielen stehen. Ihre Abhängigkeit von ausländischen Quellen wird in dem Maße für sie ein Hindernis werden, in dem sie politische Positionen vertreten. Ein schwieriger Dialog, doch die gegenwärtigen Verhältnisse zwingen beide Seiten, ihn zu suchen.

Dieter Reinhardt

UNO Ausschuß beschäftigt sich mit Menschenrechten in den Chittagong Hill Tracts

Seit über 15 Jahren kämpfen etwa 7.000 bewaffnete Guerillas der Stammesbevölkerung Bangladeshs gegen etwa 100.000 Soldaten, paramilitärische Einheiten und Polizeikräfte. Menschenrechtsorganisationen sprechen von einem Völkermord. Lebten vor 50 Jahren noch 600.000 Mitglieder der Stammesbevölkerung in den Chittagong Hill Tracts, so ist ihre Bevölkerungszahl bis heute auf etwa 300.000 geschrumpft. Über 50.000 Flüchtlinge sind in den letzten Jahren in den angrenzenden indischen Bundesstaaten Tripura und Mizoram aufgenommen worden. Sie flüchteten aus ihren Dörfern, weil sie dort von militärischen Einheiten überfallen wurden. Ihre Häuser wurden niedergebrannt, Soldaten vergewaltigten Frauen und Dorfbewohner wurden wahllos getötet.

Die Regierung Bangladeshs hat jetzt ein Gesetz erlassen, das der Forderung der Guerillabewegung, der 'Shanti Bahini', nach einem autonomen Staat in der Bergregion entgegenkommt. Wie die Bonner Botschaft Bangladeshs in einer Presseerklärung vom 12. Juli 1989 mitteilt, hätten sich 60 % der Wahlberechtigten an den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen, die auf der Grundlage dieses Gesetzes am 25. Juni 1989 erstmals durchgeführt wurden, beteiligt. Etwa ein Drittel der Sitze stehen den bengalischen Siedlern zu. Den insgesamt drei Distriktverwaltungsorganen unterstützen die örtliche Polizei, sie hätten Befugnisse beim Verkauf von Land und könnten unrechtmäßig angeeignetes Land an die rechtmäßigen Eigentümer zurückgeben. Zudem sollen sie über eigene Haushaltsmittel verfügen, da sie das Recht hätten, Steuern zu erheben. Die Erklärung schließt mit dem Satz: "Die Regierung von Bangladesh hofft ernsthaft, daß die genannten Maßnahmen ... den Chittagong Hill Tracts dienen ... und die Existenz der sogenannten Shanti Bahini beenden mögen."

Wie ein Sprecher der 'Jana Samhati Samiti' (JSS) vor einem Unterausschuß des Untersuchungsausschusses für Menschenrechte der UNO in Genf am 1. August 1989 mitteilte, wird diese Regelung von der Bevölkerung der

Chittagong Hill Tracts strikt abgelehnt. Die drei eingerichteten 'District Councils' hätten daher keinerlei exekutiven Rechte. Sie könnten jederzeit von der Regierung aufgelöst werden. Das Gebiet der 'Selbstverwaltung' umfasse insgesamt nur 10 % der Chittagong Hill Tracts. Ohne die Erlaubnis der Regierung dürften keine Steuern eingezogen werden. Die Polizeikräfte unterstützen einem von der Regierung ernannten Offizier. Darüberhinaus lägen die für die Wirtschaft dieser Region so lebenswichtige Papierfabriken und das Elektrizitätswerk außerhalb der Selbstverwaltungsgebiete. Die Urbevölkerung der Chittagong Hill Tracts "hat die Kontrolle über 90 % ihres Lebensraumes verloren. ... ihnen ist der ökonomische Nutzen (der verschiedenen Industrien, Anm. d. Verf.) entwendet worden."

Terror und Unterdrückung in den Chittagong Hill Tracts

- Im August 1988 wurden bei einem Überfall auf 20 Dörfer im Baghaichari Distrikt durch Soldaten und bewaffnete Siedler etwa 500 Dorfbewohner, Frauen, Kinder und Männer, ermordet.
- Im Dezember 1988 fällt Shantimoy Dewan, Vorsitzender des Stadtrates von Rangamati und Angehöriger der Stammesbevölkerung einem Anschlag des Geheimdienstes zum Opfer.
- Am 4. Mai 1989 sterben bei einem Überfall auf das Dorf Kasalong mindestens 37 Personen.
- Nach der Überreichung einer Protestnote wird das traditionelle Oberhaupt der Chakma-Bevölkerung fünf Tage unter Hausarrest gestellt.
- In Dhaka demonstrieren daraufhin 300 Chakma-Studenten und etwa 50 buddhistische Mönche gegen diese Vorgehensweise.

Zahlreiche weitere Zwischenfälle zwischen Einheiten der 'Shanti Bahini' und bewaffneten Siedlern während der Sommermonate haben die Zahl der Opfer weiter steigen lassen. Kommentatoren sind der einhelligen Meinung, daß ein Ende der Auseinandersetzungen nur durch einen ernsthaften Dialog der Regierung mit den 'Shanti Bahinis' herbeigeführt werden kann.

Dieter Reinhardt